

Zeitschrift: Tec21
Herausgeber: Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein
Band: 142 (2016)
Heft: 7-8: Asylunterkünfte : Integration im Städtebau

Artikel: "Theoretisch ist es einfach" : Interview
Autor: Fischer, Danielle / Wuffli, Urs
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-632696>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Trendquartier oder Stadtrand

Asylbewerber werden häufig am Stadtrand oder in Distanz zu bestehenden Siedlungen untergebracht. Das Empfangszentrum in Basel, nur wenige Meter entfernt von der Grenze zu Deutschland und direkt neben dem Gefängnis Bässlergut, zeigt paradigmatisch die Stigmatisierung von Asylbewerbern durch Städtebau. Diese Lage repräsentiert die bewusste Strategie, das Gegenteil von Integration zu erzielen. Könnte man nicht genau umgekehrt vorgehen und allgemeinen, günstigen und flexiblen Wohnraum dort schaffen, wo in den nächsten Jahren mit einer positiven Entwicklung zu rechnen ist?

Quartiere wie das Dreispitz-Areal in Basel oder Zürich-West haben sich in den letzten Jahren von Industriearealen zu Trendvierteln entwickelt. Wären dort als Erstes integrative Wohnprojekte geschaffen worden, die Flüchtlinge, junge Familien, Senioren und Studenten zusammenbringen, so wären geflüchtete Menschen nicht «Aussätzig» wie am Bässlergut, sondern die städtebaulichen Pioniere, die zu den ersten Bewohnern eines aufstrebenden Quartiers gehören.

Dies verdeutlicht, dass wir Wohnen für Asylbewerber und Flüchtlinge nicht als temporäre Aufgabenstellung angehen dürfen, sondern damit langfristig planen sollten. Containersiedlungen, wie insbesondere in Deutschland eingesetzt, gaukeln der Bevölkerung nur vor, dass es sich um eine Übergangslösung handelt.

Für relativ viel Geld wird ein unbefriedigender Wohnraum geschaffen, der – mit der Argumentation des Übergangs – Städtebau bewusst ausklammert.

Inakzeptable Situationen aufzeigen

Schweizer und europäische Architekten haben das Thema Flüchtlinge in den letzten Jahren kaum beachtet. Dies rächt sich jetzt, da unsere Gesellschaft Lösungen finden muss für Fragen, die eine starke räumliche Dimension haben, auf die aber unser Berufszweig keine Ideen parat hat. So überlassen wir dieses Thema etwas hilflos einem kommunalen Verwaltungsapparat, ohne architektonisch oder städtebaulich darauf Einfluss nehmen zu können.

Genauso wichtig wie gute Ideen für Wohnraum für Asylbewerber und Flüchtlinge ist es für uns als Architekten aber auch aufzuzeigen, wie man Menschen nicht unterbringen darf. Gerade weil Architekten mit einer wissenschaftlichen Autorität sprechen können, liegt es in ihrer Verantwortung, Mindeststandards einzufordern und darauf hinzuweisen, dass beispielsweise die wochenlange Unterbringung von Asylbewerbern in Zivilschutzanlagen oder in direkter Nähe zu Gefängnissen inakzeptabel ist. •

*Manuel Herz, Manuel Herz Architekten, Basel,
herz@manuelherz.com*

NOTLÖSUNGEN

«Theoretisch ist es einfach»

Der Neftenbacher Gemeinderat Urs Wuffli kritisiert die bestehenden Asylunterkünfte. Um in Zukunft genügend und vor allem menschenwürdige Unterkünfte zu gewährleisten, müssten Bauvorschriften gelockert und neue bauliche Lösungen gefunden werden.

Interview: Danielle Fischer

TEC21: Herr Wuffli, Sie haben Asylunterkünfte in verschiedenen Gemeinden besucht und dokumentiert. Wie war Ihr Eindruck?

Urs Wuffli: Die Gemeinden sind beim Bau der Unterkünfte von einer temporären Nutzung ausgegangen. Unterdessen haben sich viele Familien vergrössert, in einem Studio für eine Person leben zwei oder mehr Leute. Zum Teil sind die Wohnungen so eng, dass eine schulische Integration bei Kindern fast nicht möglich ist – sie haben zum Beispiel keinen Platz zum Lernen. Eine Familie bewohnt seit sechs Jahren eine Wohnung mit einem Korridor von 50 cm Breite – das ist mühsam im täglichen Gebrauch. Oder

eine dreiköpfige Familie hat in ihrer Küche seit sechs Jahren nur eine Kochplatte. In Neftenbach gibt es im Moment noch bessere Lösungen. Aber alle Liegenschaften, die der Gemeinderat freigegeben hat, sind belegt, und Private können wir nicht zwingen, etwas zu vermieten.

Wie viele neue Asylunterkünfte braucht es?

Auf Januar 2016 hat der Bund die Aufnahmequote von 0.5 auf 0.7% pro Tausend Einwohner erhöht. Auf den Kanton Zürich mit 1.45 Mio. Einwohnern fallen so 2900 Plätze. Für Neftenbach sind dies elf neue Leute. Hinzu kommen jene 13, die einen positi-

Unterkunfts-konzept während des Asylverfahrens

Empfangs- und Verfahrenszentren

Die meisten Asylsuchenden kommen auf dem Landweg in die Schweiz. Sie müssen ein Gesuch in einem der fünf Empfangs- und Verfahrenszentren (EVZ) des Bundes in Basel, Chiasso, Kreuzlingen, Vallorbe und Zürich Altstetten stellen. Nach der ersten Befragung entscheidet das Bundesamt für Migration, ob die Schweiz ein Gesuch prüfen muss. Asylsuchende können höchstens 90 Tage in einem EVZ bleiben.

Die Gesamtdauer ab Einreichung des Asylgesuchs bis zur Ausreise aus der Schweiz für abgewiesene Asylsuchende in den Jahren 2008–2010 betrug rund 1400 Tage, und ein positiver Entscheid liess rund 336 Tage auf sich warten.¹ Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten dauerte die Bearbeitungszeit für ein Asylgesuch in der Schweiz doppelt so lang.

Bundeszentren

Es gibt darum seit 2014 in sechs Asylregionen 16 Bundeszentren für 5000 Asylsuchende. Ein Grossteil von ihnen durchläuft in diesen Zentren ein beschleunigtes Asylverfahren und erhält innert drei bis fünf Monaten einen Entscheid. Die Standortkantone der Zentren müssen weniger Asylsuchende aufnehmen, bei denen der Verbleib in der Schweiz schwierig zu beurteilen ist, und bekommen so weniger Fälle, die sich in die Länge ziehen und teuer sind.

Durchgangszentren oder Asylunterkünfte der Gemeinden

Wenn ein Asylsuchender nicht in ein Bundeszentrum gelangt, wird er – wenn das Staatssekretariat für Migration mehr Zeit benötigt, um über das Gesuch zu entscheiden – einem Kanton zugeteilt. Wie die Kantone die Asylsuchenden dann an die Gemeinden weiterleiten, ist unterschiedlich. Die meisten setzen auf den Dialog mit den Gemeinden. Leisten diese Widerstand, gehen die Kantone unterschiedlich vor, sie bestehen auf die Aufnahme – bis vor dem Bundesgericht –, oder sie geben nach oder verlangen Ausgleichszahlungen.

Die meisten Kantone teilen den Asylsuchenden in dieser Zeit eine Unterkunft in ihren Gemeinden zu (bzw. die Gemeinden sind für die Unterkünfte zuständig). Es gibt auch Kantone, die zusätzlich zu den Gemeindeunterkünften über eigene Unterkünfte verfügen.

Im Kanton Zürich erfolgt die Unterbringung in zwei Phasen. In der ersten wohnen die Asylsuchenden während zwei bis sechs Monaten in einer Kollektivunterkunft. Diese befinden sich in älteren Wohnbauten, aber auch in Zivilschutzanlagen. Erst in der zweiten Phase weist das Kantonale Sozialamt die Asylsuchenden einer Gemeinde zu.

Nach erfolgter Abklärung enthalten die Asylsuchenden im Fall eines positiven Entscheids eine Aufenthaltsbewilligung B oder bei einem vorläufigen Entscheid einen Ausweis F.

Wohnungen auf dem freien Markt

Wird die Flüchtlingseigenschaft einer Person anerkannt, erhält sie in der Regel Asyl. Ab diesem Zeitpunkt sollte sie auf dem freien Wohnungsmarkt eine Unterkunft finden. Damit verbunden sind diverse Integrationsprogramme. (df)

Anmerkung

¹ Bundesrat, «Zusatzbotschaft zur Änderung des Asylgesetzes», 23. 9. 2011.

ven Asylentscheid erhalten haben. Zudem wird oft vergessen, dass Gemeinden sich auch um die Unterkünfte von Leuten im Tieflohnsegment, Rentnern mit wenig Geld und den Working Poor kümmern muss.

Was sieht das Unterbringungskonzept vor?

Wenn die Flüchtlinge von den Kantonen auf die Gemeinden verteilt werden, dann haben sie den Status N (Asylsuchende). Und nachher gibt es einen Asylentscheid, der lautet «vorläufig aufgenommen», oder «anerkannter Flüchtling». Das Konzept sieht vor, dass sie nach der ersten Unterkunft in eine Wohnung ziehen. Theoretisch ist das einfach, aber in der Realität funktioniert es nicht mehr. Wir haben in einem Haus Leute mit Status N, F oder B (vgl. Kasten links), und wir haben innerhalb bestimmter Mietzinslimiten, bei einem Leerwohnungsbestand von praktisch null, keinen bezahlbaren Wohnraum mehr. Wenn doch einmal eine Wohnung frei wird, dann sind die Widerstände der Besitzer oft gross, diese an Asylsuchende oder Flüchtlinge zu vermieten.

« Man sollte so bauen, dass die Menschen zumutbaren Wohnraum haben, auch wenn sie dort bleiben und Kinder bekommen. »

Müsste man anstelle temporärer in Zukunft permanente Unterkünfte bauen?

Das wäre ein zukunftsweisender Weg. Das Temporäre funktioniert nicht mehr. Bisher war man der Ansicht, dass Asylanten kurzfristig auch in einfachen Verhältnissen leben können. Aber wir haben Leute, die sind als Flüchtlinge aufgenommen worden, und sie leben seit 15 Jahren in ähnlichen Unterkünften. Man sollte so bauen, dass die Menschen zumutbaren Wohnraum haben, auch wenn sie dort bleiben und Kinder bekommen.

Wie müsste ein solcher Neubau konkret aussehen?

Wir studieren in Neftenbach ein Projekt, bei dem die Wohnungen flexibel dem Bedarf angepasst werden können. Es gibt Schaltzimmer, um den Bedürfnissen grösserer und kleinerer Familien gerecht zu werden. Das 3.5-m-Raster der Holzrahmenkonstruktion ist breiter als die Container, die oft zu schmal und zu lang sind. Mit dem Mass lässt sich besser planen. Ein ähnlich gebautes Beispiel in Dietlikon zeigt, dass die Häuser von den Leuten besser akzeptiert werden und man weniger benutzerverursachte Schäden hat.

Wichtig ist aber auch der Kostenrahmen. Wenn man permanent baut, dann muss man die Umweltauflagen erfüllen. Das ist nicht der Fall bei

Provisorien für bis zu fünf Jahren. Darum sind Billig-container verlockend. Doch letztendlich kommen sie teurer – da sie eine Lebensdauer von nur fünf bis zehn Jahren haben.

Es ist aber einfacher, dem Stimmbürger an der Gemeindeversammlung etwas «pro rata» für fünf Jahre zu verkaufen, als ihn von einem Bau zu überzeugen, der 20 Jahre stehen bleibt. Und nach Ablauf der fünf Jahre stellt man fest, dass das Problem mit der Unterbringung immer noch besteht – und man verlängert nochmals um fünf Jahre. Nach zehn Jahren müssen die Bauten dann dringend saniert werden.

Falls die Flüchtlingsströme eines Tages abnehmen, könnte man permanente Unterkünfte an Familien in wirtschaftlich kritischen Verhältnissen und mit vielen Kindern vermieten. Es ist auch enorm schwierig, für sie Wohnraum zu finden.

Das von Ihnen geschilderte Projekt würde die Gemeinde Neftenbach selber bauen?

Das ist noch nicht entschieden. Wir überprüfen aber, ob ein Investor für uns bauen kann. Obschon solche Bauten nicht viel Rendite abwerfen, kann man damit auch Einnahmen generieren. Natürlich muss man zuerst investieren, aber in den nächsten zehn Jahren werden die Kosten den Gemeinden vom Kanton zurückerstattet. Das kann interessant sein für private Investoren und die Gemeinden entlasten.

Planen Sie einen Holzbau, um von der Containerarchitektur weg zu kommen?

Wir werden das Projekt so materialneutral wie möglich angehen und Varianten durchspielen. Ich bin dafür, dass man permanente Gebäude erstellt. Trotzdem lässt sich der Stimmbürger einfacher überzeugen, wenn man Holzmodule wieder abbauen und versetzen kann.

Wie sehen die zeitlichen Rahmenbedingungen für so einen Bau aus?

In der Schweiz haben wir – anders als in Deutschland – mit Gemeindeversammlung, Bauausschreibung, Baurekurs lange Prozesse. Wir haben zu wenig Zeit.

Gerade haben wir eine ehemaligen Fruchthalle umgenutzt. Baubeginn war der 18. Dezember, und bezogen wurden die Räume am 12. Januar. Wir haben Zimmer und Duschen eingebaut, Laminat verlegt, die Heizung und Elektroanlagen umgebaut und komplett neu möbliert.

In Zürich sind an der Röslistrasse 120 Männer unterirdisch in einer Zivilschutzanlage untergebracht.

In diesem Fall muss man überirdische Tagesstrukturen anbieten. Wenn Leute an Leib und Leben bedroht sind, dann müssen wir ihnen ein Dach über dem Kopf geben, das ist klar. Wir können ihnen aber, schon von der Kapazität her, nicht versprechen, dass sie eine perfekte Wohnung erhalten.

Was müsste sich an den Entscheidungsprozessen ändern, damit es schneller geht?

Es braucht verschiedene Lockerungen. So zum Beispiel Sonderbauvorschriften ausserhalb der Bauzone – weil man dort für höchstens fünf Jahre einen nicht zonenkonformen Bau erstellen darf. Wenn der Kanton die Kontingente allenfalls noch erhöht und wir nicht ausserhalb der Bauzonen oder erleichtert in einer Gewerbezone bauen dürfen, wird es schwierig.

Für die Umnutzung gilt dasselbe. Wenn man einen Industriepark umnutzen will, dann muss das zuerst publiziert werden, und meist werden Rekursmittel ergriffen. Ausnahmegewilligungen sind möglich, aber auch gegen die kann man Rekurs einreichen.

Ist mehr Flexibilität gefragt?

Wir sind ein Land, das mit seinen geordneten Abläufen gefordert, wenn nicht gar überfordert ist. Flexibilität ist nicht unbedingt das, was uns auszeichnet, da können wir von anderen Ländern lernen.

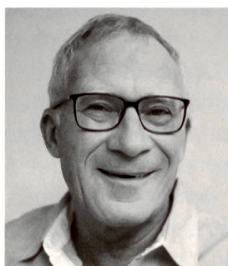
Dazu kommt, dass die meisten Leute gar keinen Kontakt zu Flüchtlingen haben, das schürt Vorurteile. Dennoch sind die meisten Flüchtlinge froh, wenn man sie in Ruhe lässt.

« Flexibilität ist nicht unbedingt das, was uns auszeichnet, da können wir von anderen Ländern lernen. »

Das heisst, die vielbeschworene Nutzerdurchmischung ist keine gute Idee?

Nutzerdurchmischung ist denkbar. Aber wenn man in einen 08/15-Block Asylfamilien platziert, ist das problematisch. Ihre Gastfreundschaft ist eine andere als die unsere. Sie besuchen sich gegenseitig oft, und ihr Tagesrhythmus entspricht nicht dem des Schweizers, der morgens um sechs Uhr aufsteht. Sie sitzen abends lang zusammen. Und Leute aus anderen Kulturen sind oft lauter als Schweizer. Das birgt Konfliktpotenzial... Ob man eine Kinderkrippe da reintun will, das ist eine politische Frage. Ich glaube, das geht nicht. Da sagen manche Leute, ich schicke mein Kind nicht zu so ausländischen Männern. •

Das Interview führte *Danielle Fischer*, Redaktorin Architektur



Urs Wuffli ist seit 2014 Gemeinderat von Neftenbach und leitet das Ressort Soziales und Familie. Er hat im Rahmen seiner Arbeit zahlreiche Asylunterkünfte besucht und dokumentiert.